

- **Spruch der Woche**

"Wer ist denn bereit, für ein Handy nur deshalb mehr zu bezahlen, weil es aus Deutschland ist?" (Hans-Olaf Henkel)

In Rumänien kostet eine Arbeitsstunde 3,20 €, in Deutschland rund 33,00 €
(Quelle: Wirtschaftskalender 2009)

Die Redaktion wünscht Ihnen und Ihrer Familie noch eine gute Adventszeit und schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie für 2010 alles Gute und Gottes Segen

Und nun auf einen Blick die Themen in Kürze

- **KKV-Bundesverband**
 - VerfG-Urteil zum Schutz des Sonntags ist Entscheidung für den Menschen
 - KKV fordert: Mehr deutsches Engagement für europäische Themen
 - KKV unterstützt Aktion "Weihnachtsmannfreie Zone" des Bonifatiuswerkes
 - Studienproteste: Mit klaren Forderungen mehr erreichen
 - KKV macht Soziale Marktwirtschaft zum Thema
- **KKV-Diözesanverbände, Landes- bzw. Regionalverband sowie Fördererkreis für Bildungsarbeit**
 - DV Köln: Bericht über Herbsttagung "Monopoly des Geldes" jetzt im Internet
 - LV Bayern: Adventstreffen in Nürnberg
- **Aus dem kirchlichen Bereich**
 - "Kirche in Not" macht auf schwierige Lage der Christen in vielen Ländern aufmerksam
 - Papst eröffnet die Adventszeit – "Inneres Tagebuch der Liebe"
 - Papst lobt Renaissance der Bibel
- **Aus dem politischen und wirtschaftlichen Bereich**
 - Westerwelle nimmt Schweiz gegen die heftige Kritik nach dem Minarett-Verbot in Schutz
 - Bischöfe begrüßen den Lissabon-Vertra
 - Mehr als 50.000 Menschen haben schon die Online-Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterzeichnet
 - www.steuer-gegen-Armut.de
 - Bildungsreform ohne Studenten?
 - Europaweit wehren sich Politiker gegen das umstrittene Straßburger Kruzifix-Urteil.
 - Familienbund fordert Wahlfreiheit beim Betreuungsgeld
 - Solms: Wer die Ehe schwächen will, muss die Verfassung ändern
 - Kein Patent auf embryonale Stammzellen
 - Entchristlichung der Gesellschaft spiegelt sich auch im neuen Deutschen Bundestag wider
- **Verschiedene Angebote**
 - Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung
 - Angebot des Studienkreis Kirche/Wirtschaft NRW

und jetzt die neuesten Infos etwas ausführlicher aus

- **dem KKV-Bundesverband**

Pressemitteilungen:

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des Sonntages
KKV: "Urteil ist eine Entscheidung für den Menschen und die Menschlichkeit"

Mit Erleichterung hat der KKV – auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes reagiert, die Adventssonntage weiter zu schützen und entsprechende Regelungen zur sonntäglichen Ladenöffnung in Berlin zu kippen:

„Es ist das einzig richtige Signal – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und auflebender wirtschaftsethischer Diskussion. Der freie Sonntag ist ein starkes Stück unserer Kultur, das wir – weit über die religiöse Bedeutung hinaus – nicht kippen dürfen“, so der KKV-Bundesvorsitzende Bernd-M. Wehner heute im Interview mit Radio Vatikan. Der Sonntag sei und bleibe ein Feiertag - vor allem ein Feiertag der Menschlichkeit. Er stelle den Menschen in den Mittelpunkt, wo Markt und Geschäft ihn gerne vergessen würden. "Das gilt für alle Sonntage im Jahr und kommt im Besonderen zum Ausdruck in den vier Adventssonntagen, die Trubel, Hektik und Extremkonsum der Vorweihnachtszeit einen wohlthuenden Gegenpol bieten." ...

Lissabon-Vertrag: Ein guter Tag für das Europa der Bürger!

KKV fordert: Mehr deutsches Engagement für europäische Themen

„Wir freuen uns, dass der Vertrag von Lissabon morgen in Kraft tritt. Das ist ein guter Tag für alle Europäer. Wir begrüßen insbesondere, dass erstmalig in der Grundrechtecharta ausdrücklich die Würde des Menschen als wichtigster Wert Europas genannt wird und der Vertrag selbst die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Grundlage Europas klar benennt“, so Bernd-M. Wehner, Vorsitzender des KKV-Bundesverbandes. Jetzt ist auch die Deutsche Politik gefordert – insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – dafür zu sorgen, dieses neue Europa konstruktiv mitzugestalten. „Wir müssen zusehen, dass Themen wie Zuwanderung, Bildung, Umwelt und natürlich auch die Bewältigung der Finanzkrise „europäisch“ gelöst werden. Nationale Egoisten sind ebenso wenig gut für Europa, wie die in Deutschland lange vorherrschende Apathie in Sachen Europa. ...

KKV unterstützt Aktion "Weihnachtsmannfreie Zone" des Bonifatiuswerkes und fordert: "Weg mit der Zipfelmütze!"

"Nächstenliebe, Schenken und Teilen – das sind Werte, die ich mit St. Nikolaus verbinde." Mit diesen Worten plädiert nicht nur der ZDF-Moderator Peter Hahne für die Aktion "weihnachtsmannfreie Zone", auch der KKV-Bundesverband unterstützt dieses Anliegen und fordert deshalb: "Weg mit der Zipfelmütze!" Der katholische Sozialverband wirbt dafür, hinter dem Weihnachtsmann der Konsumindustrie wieder mehr den wahren Bischof Nikolaus zu entdecken. "Es liegt an uns, ob das im lauten Weihnachtsrummel gelingen kann", so der KKV-Bundesvorsitzende Bernd-M. Wehner. Gleichzeitig wendet sich der katholische Sozialverband dagegen, dass die Geschäfte immer früher mit dem Verkauf von weihnachtlichen Artikeln beginnen. "Worauf sollen wir uns eigentlich noch freuen, wenn der Lebkuchen schon ab August auf dem Tisch steht, alles immer gleich verfügbar und damit beliebig ist?"...

Studienproteste: Mit klaren Forderungen mehr erreichen - Kernaufgabe: Bologna-Prozess weiterentwickeln

"Die aktuellen Proteste von Studierenden haben ihre volle Berechtigung. Wer allerdings eine nachhaltige Wirkung erreichen möchte, tut gut daran, sich auf die notwendigen Kernforderungen zu konzentrieren“, so Bernd-M. Wehner, Vorsitzender des KKV-Bundesverbandes. "Die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses ist entscheidend für die Zukunft unseres wertvollsten Rohstoffes. Bildungspolitisch einseitige Pauschalparolen dagegen sind ewiggestriger Ballast für die berechtigten Anliegen der Studierenden.“

„Der KKV“, so Wehner, "verstehe sich als Verband auch als Partner der Studierenden und des universitären Mittelbaus“. Unser Bildungssystem wird sich nur dann in die richtige Richtung bewegen, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die für 2010 versprochene BaFöG-Erhöhung ist nur ein Teilerfolg für jeden einzelnen Studierenden. Ein zentrales Thema für den Verband bleibe deshalb die Bildungsgerechtigkeit: „Bildung darf nicht an sozialen Grenzen Halt machen. Wir brauchen Chancengerechtigkeit und eine Stärkung – auch des finanziellen – Fördersystems.“

Der KKV unterstützt hiermit auch eine Kernforderung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom vergangenen Wochenende.

KKV macht Soziale Marktwirtschaft zum Thema - Beitrag zum Ökumenischen Kirchentag 2010 in München

"Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft – Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt“. Dieses Leitwort hat der Hauptausschuss des KKV-Bundesverbandes bei seiner Sitzung am 14. November 2009 in Essen für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen. Das Thema soll die Arbeit des Verbandes und den Auftritt des KKV beim Ökumenischen Kirchentag 2010 in München prägen.

"Die Kampagne rückt ein Grundanliegen des KKV in den Blickpunkt, das gerade jetzt in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aktuell ist“, betont Dr. Klaus-Stefan Krieger, neu gewählter Vorsitzender des KKV-Hauptausschusses. "Die Soziale Marktwirtschaft ordnet nicht alles dem Profit unter. Sie gibt

dem ökonomischen Handeln Rahmenbedingungen, damit es dem Menschen und seinen Bedürfnissen dient." Deshalb könne die Soziale Marktwirtschaft, wie sie in Deutschland verwirklicht sei, Modell auch für andere Staaten sein.

Mit seiner Themensetzung fülle der KKV auch eine inhaltliche Lücke im Programm des Ökumenischen Kirchentags, ergänzt der KKV-Verbandsvorsitzende Bernd-M. Wehner. Er plädiert dafür, beide Pole der Sozialen Marktwirtschaft ernst zu nehmen: In der Wirtschaft sollten sich zum einen die Regeln der Marktwirtschaft entfalten können. Zum anderen dürfe das Soziale auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht zurückgedrängt werden.

Den vollständigen Wortlaut der Pressemitteilungen finden Sie unter www.kkv-bund.de.

- **Den KKV-Diözesanverbänden, dem Landes- bzw. Regionalverband sowie Fördererkreis für Bildungsarbeit**

DV Köln

Herbsttagung am 24./25.10.09 im Maternushaus in Köln: **Monopoly des Geldes - wenn Vertrauen beschädigt wird** - Ursachen, Folgen und ethische Beurteilung der Finanz- und Wirtschaftskrise
Einen ausführlichen Bericht über die Tagung finden Sie unter www.kkv-dv-koeln.de, Stichwort "Rückblick"; hier können Sie auch die Vorträge abrufen.

LV Bayern

Adventstreffen des KKV Bildungswerkes Bayern vom 11. - 13.12.2009 in Nürnberg

Thema **Die drei Seiten des Glücks: "Glück haben - glücklich sein - ein geglücktes Leben"**
 Adventliche Gedanken und Lieder mit Karin Gotthardt
 * Besuch des Nürnberger Christkindlmarktes
 * Besuch des Kirchenkonzertes in der Frauenkirche anlässlich des 10.Todestages
 - In Erinnerung an Fridolin Hohmann,
 Referenten: Karin Gotthardt, Theologin
 Helmut Hof, katholische Erwachsenenbildung
 Horst Baumann, Josef Diehl, Heribert Engelhardt
 Zeit: Freitag - Sonntag, 11. -13. Dez. 2009, 18:00 bis ca. 13:00 Uhr
 Ort: Caritas-Pirkheimer-Haus, Königstraße 64, 90402 Nürnberg

- **dem kirchlichen Bereich**

Das internationale katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ macht auf die schwierige Lage der Christen in vielen Ländern aufmerksam. Nach wie vor würden Christen weltweit massiv an der Ausübung ihres Glaubens gehindert. Mit etwa zwei Milliarden Gläubigen bilde das Christentum die größte Weltreligion; es wachse vor allem in der Dritten Welt. Dadurch entstünden dort häufig Konkurrenzsituationen, in denen andere religiöse oder auch politische Gruppierungen versuchen, dieses Wachstum mit Gewalt einzuschränken. Weltweit seien etwa 75 bis 80 Prozent aller religiös verfolgten Christen. Am schwierigsten sei die Lage für Christen derzeit wohl im Irak, dessen Kirche eine „Martyrerkirche“ sei. Außerdem habe man im vergangenen Jahr verstärkt Meldungen über Gewalt gegen Christen in Pakistan, Ägypten und Nigeria bekommen. Auf einem weitaus weniger gewalttätigen Niveau bereite aber auch die Situation in Lateinamerika Sorgen, wo neosozialistische Regierungen vor allem gegen die katholische Kirche vorgingen. (fides)
Quelle: Radio Vatikan 09.12.09

Papst eröffnet die Adventszeit – „Inneres Tagebuch der Liebe“

Mit einer feierlichen Vesper im Petersdom hat Papst Benedikt am Samstag Abend die Adventszeit eröffnet. ... „Advent bedeutet im wesentlichen: Gott ist hier“, so Benedikt in seiner Predigt. „Er hat sich nicht zurückgezogen aus der Welt, er hat uns nicht allein gelassen. Auch wenn wir ihn nicht sehen und berühren können, ist er doch hier und besucht uns auf vielfältige Weise.“
 In der Adventszeit sollten sich die Christen neu darüber im klaren werden, wie Gott „in unser Leben tritt“. „Wir alle erleben im Alltag, dass wir wenig Zeit für den Herrn haben und auch wenig Zeit für uns. Das „Machen“ absorbiert uns; wir investieren zuviel Zeit ins Vergnügen und in Ablenkungen. Die Dinge „überwältigen“ uns manchmal. Die liturgische Zeit des Advent, die wir jetzt beginnen, lädt uns zu Schweigen ein: damit wir eine Präsenz spüren. Sie lädt uns ein, dass wir die einzelnen Geschehnisse des Tages als Zeichen sehen, die Gott uns schickt... Wie oft lässt Gott uns etwas von seiner Liebe spüren! Was für eine schöne und für unser Leben heilsame Aufgabe wäre es doch, ein inneres Tagebuch dieser Liebe zu schreiben!“ (rv) - **Zum Nachhören**

Quelle: Radio Vatikan 16.11.09

Papst lobt Renaissance der Bibel

Benedikt XVI. freut sich über das wachsende Interesse an der Bibel und über die vielen Bibelkreise in den Pfarreien. Das sagte er an diesem Montag bei einer Audienz zum 100. Geburtstag des Päpstlichen Bibelinstituts.

„Dank dem Zweiten Vatikanischen Konzil und seiner Dogmatischen Konstitution ‚Dei Verbum‘ haben die Menschen viel stärker verstanden, wie wichtig das Wort Gottes im Leben und im Auftrag der Kirche ist. Das hat in den christlichen Gemeinschaften zu einer echten geistlich-pastoralen Erneuerung geführt – vor allem, was die Predigt betrifft, die Katechese, das Theologiestudium und den ökumenischen Dialog.“

Bibelwissenschaftler sollten „die Bibel dem Leben des Volkes Gottes näherbringen“, so der Papst weiter. Die Heilige Schrift könne „in dieser säkularisierten Welt mehr sein als die Seele der Theologie, nämlich eine Quelle der Spiritualität und des Glaubens für alle, die an Christus glauben“. Benedikt nannte die historisch-kritische Methode der Bibelauslegung ausdrücklich „legitim und notwendig“, erinnerte aber auch an den „theologischen Charakter der Exegese“.

„Denn die Grundvoraussetzung für ein theologisches Verständnis der Bibel ist die Einheit der Schrift, und dieser Voraussetzung entspricht methodologisch die Analogie des Glaubens, also das Verständnis der einzelnen Texte vom Ganzen ausgehend. Das Konzil gibt auch einen weiteren Hinweis zur Methode: Das Volk Gottes, das in der Geschichte Träger der Schrift ist, ist eines, und eine einzige ist auch die Schrift. Wer sie also als Einheit liest, liest sie von der Kirche aus, ihrem Lebensort, und erkennt im Glauben der Kirche ihren wahren Interpretations-Schlüssel. Wenn die Exegese noch Theologie sein will, muss sie anerkennen, dass der Glaube der Kirche diese Form der ‚Sympathie‘ ist, ohne den die Bibel ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.“

Die Tradition verschließe nicht etwa den Zugang zur Schrift, sondern öffne ihn vielmehr, so der Papst. Das „entscheidende Wort bei der Interpretation der Schrift“ sei „Sache der Kirche“. (rv)

Quelle: Radio Vatikan 26.10.09

- **dem politischen und wirtschaftlichen Bereich**

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle hat die Schweiz gegen die heftige Kritik nach dem Minarett-Verbot in Schutz genommen. Die Schweiz sei eine der ältesten Demokratien und auf Ausgleich und Toleranz gebaut, sagte Westerwelle. Er selbst hätte sich bei der Volksabstimmung am vergangenen Sonntag ein anderes Ergebnis gewünscht. Die Behauptung, die Schweiz sei nun ein undemokratisches und intolerantes Land geworden, sei jedoch „völlig unangemessen“, so Westerwelle gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz sagte derweil, dass sich der Entscheid der Volksabstimmung nicht gegen die Gemeinschaft der Muslime richte. Merz wehrte sich auch gegen Vorwürfe, der Schweizer Bundesrat entschuldige sich im Ausland für den Volksentscheid. „Niemand hat sich entschuldigt“, sagte Merz. Der Bundesrat bemühe sich aber darum, im Ausland das Schweizer System zu erklären. Forderungen nach Burka-Verboten oder Einschränkungen bei Friedhöfen, wie sie in den vergangenen Tagen laut wurden, bezeichnete Merz als „verfrüht und verfehlt“. Zunächst müsse nun das Abstimmungsresultat analysiert werden. Merz erinnerte daran, dass der Bundesrat schon vor der Abstimmung darauf hingewiesen habe, dass das Minarett-Verbot die Religionsfreiheit verletze. Was im Falle einer Verurteilung der Schweiz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geschehen würde, sei offen. (faz/pm)

Quelle: Radio Vatikan 05.12.09

Die Bischöfe begrüßen den Lissabon-Vertrag. Dieses neue EU-Regelwerk tritt am kommenden Dienstag in Kraft. Das begrüßen auch die deutschen Bischöfe. In einer Erklärung von diesem Montag bewertete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, die mit der Einführung des Vertrags einhergehenden Veränderungen als positiv: „Die Europäische Union wird demokratischer, transparenter und effizienter“, so der Freiburger Erzbischof. Als Fortschritt begrüßte Zollitsch, dass die Charta der Grundrechte der EU rechtsverbindlich werde. Zwar bedauere er, dass der neue Vertrag „weder auf Gott noch auf die christlichen Wurzeln des Kontinents Bezug nehme“. Aber immerhin fänden die Kirchen erstmals Eingang in die EU-Verträge. Sie verpflichtet sich mit Artikel 17, das national geregelte Staat-Kirche-Verhältnis zu achten und nicht zu beeinträchtigen. (pm)

Quelle: Radio Vatikan 30.11.09

Mehr als 50.000 Menschen haben innerhalb von drei Wochen die Online-Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterzeichnet - online, per Fax oder per Brief. Damit hat die Petition des Bündnisses „Steuer gegen Armut“ das erforderliche Quorum für eine öffentliche

Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages erreicht. „Das ist ein großartiger Erfolg unserer Kampagne“, sagt ihr Initiator, der Jesuit Jörg Alt. Es zeige, „welch breite Unterstützung eine Besteuerung spekulativer Finanzmarktgeschäfte in der Gesellschaft findet“. Neben der öffentlichen Anhörung habe die Kampagne erreicht, dass sich Menschen im ganzen Land mit den negativen Auswirkungen deregulierter Finanzmärkte auseinandergesetzt haben. Eine Finanztransaktionssteuer soll kurzfristige Spekulation weniger profitabel machen und so die Instabilität von Wechsel- und Aktienkursen dämpfen. Gleichzeitig soll eine solche Steuer Erträge für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO bringen. (pm)

Quelle: Radio Vatikan 07.12.09

www.steuer-gegen-Armut.de

Bundeskanzlerin Merkel ruft die Banker zu mehr Vernunft im Finanzhandel auf: Die Krise sei noch nicht einmal vorbei, der Bankensektor aber schon wieder in alte Handlungsmuster zurückgefallen. Eine Steuer auf Finanztransaktionen wäre da eine geeignete Gegenmaßnahme, findet der Jesuit Jörg Alt. Er hat gemeinsam mit verschiedenen Organisationen, darunter die Deutsche Bischofskonferenz, kirchliche Hilfswerke, aber auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, eine Kampagne ins Leben gerufen. Der Titel: „Steuer gegen Armut“. Wie das funktionieren soll und welche Idee dahinter steht, darüber hat Dominik Skala mit ihm gesprochen. (rv)

Hier hören und lesen Sie unser Interview der Woche.

Quelle: Radio Vatikan 29.11.09

Bildungsreform ohne Studenten?

Die Studentenproteste in Deutschland reißen nicht ab. Die Präsidentin der deutschen Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, hat unterdessen „Nachbesserungsbedarf“ an der umstrittenen Bologna-Reform eingeräumt. Das Gremium tagt an diesem Dienstag in Leipzig, um die Probleme der Reform zu diskutieren. Trotz Einladung sind Studenten bei der Sitzung nicht dabei. Sie sehen ihre Forderungen dort nicht ernst genommen. Nicole Ebermann von der Fachschaft Evangelische Theologie an der Uni Leipzig:

„Was am meisten von uns kritisiert wird: Dass die Hochschulrektorenkonferenz eigentlich keine demokratische Legitimation hat. Dass heißt, dass dort nur die Rektoren zusammentreffen, aber nicht der Mittelbau und die Studierenden selbst vertreten sind. Die Studierenden sehen sich nicht in der Lage, teilzunehmen, denn das ist eine Konferenz, die einen Prozess vorantreibt, hinter dem die Studierenden selbst nicht stehen.“ ...

Die Katholische Kirche und die Wirtschaft zeigten unterdessen Verständnis für die Demonstrationen. Die Studienreform gehe offensichtlich an den Bedürfnissen junger Leute vorbei, kommentierte der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx. Die berechtigten Proteste hätten Erfolg, wenn sie sich auf Kernforderungen konzentrierten, so der **Ratschlag des Vorsitzenden des Verbandes der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung**, Bernd-M. Wehner, an die Studenten. Ein zentrales Thema bleibe die Bildungsgerechtigkeit, erklärte der Verband an diesem Dienstag. Bildung dürfe „nicht an sozialen Grenzen Halt machen. Wir brauchen Chancengerechtigkeit und eine Stärkung - auch des finanziellen - Fördersystems“. (rv)

Quelle: Radio Vatikan 24.11.09

Europaweit wehren sich Politiker gegen das umstrittene Straßburger Kreuzifix-Urteil. Rund fünfzig Abgeordnete des Warschauer Parlaments haben den Urteilspruch in einer Resolution als Verstoß gegen die Religionsfreiheit bewertet. Auch gefährde das Urteil den sozialen Frieden, so die polnischen Politiker in ihrer Erklärung. Ähnlich sehen das die österreichischen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP. In einem sogar von der Opposition gestützten Entschließungsantrag hat der Nationalrat die Regierung aufgefordert, die Gegenwart religiöser Symbole im öffentlichen Raum zu sichern. Auch in Zukunft solle die Anbringung von Kreuzen in Klassen mit einer Mehrheit von Schülern christlicher Konfession möglich sein. Laut dem Antrag verstießen die Wertungen und Schlussfolgerungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs gegen das Grundrecht auf Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit. - Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte Anfang November der Klage einer Italienerin stattgegeben, nach der die Präsenz von Kreuzen in Klassenzimmern staatlicher Schulen gegen das Menschenrecht auf freie Religionsausübung verstieße. Der Staat sei zur religiösen Neutralität verpflichtet, hieß es in der Begründung. (apic/kap)

Quelle: Radio Vatikan 20.11.09

Familienbund fordert Wahlfreiheit - Warnung vor polarisierender öffentlicher Diskussion um Betreuungsgeld

Der Familienbund der Katholiken hat davor gewarnt, in der Debatte um das geplante Betreuungsgeld häusliche und außerhäusliche Betreuung von Kleinkindern gegeneinander auszuspielen. „Eine moderne und tolerante Gesellschaft muss jedes Familienmodell gleichermaßen anerkennen und

unterstützen. Deshalb brauchen wir neben mehr und besseren Kinderbetreuungsangeboten auch eine bessere finanzielle Förderung aller Eltern mit Kindern bis zum dritten Lebensjahr. Nur dann können junge Eltern wirklich wählen, wie sie Familie leben wollen“, sagte heute die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken, Elisabeth Bußmann. Sie warnte davor, die Debatte um das Betreuungsgeld für einen Wettstreit um das angeblich richtige Familienmodell zu benutzen. „Die derzeitige polarisierende und diskriminierende Diskussion über das Betreuungsgeld ist ein Rückschritt zu alten ideologischen Grabenkämpfen. Das schadet letztendlich allen Eltern. Familien brauchen heute beides: eine bessere Infrastruktur aber auch eine bessere finanzielle Unterstützung“, sagte Bußmann.

Quelle: PM des Familienbundes vom 13.11.09

Solms: Wer die Ehe schwächen will, muss die Verfassung ändern

Auch wenn heute eine Vielzahl anderer partnerschaftlicher Lebensformen existiert, so sind verfassungsrechtlich nur Ehe und Familie besonders geschützt. Dabei wird die Ehe als ursprüngliches - nicht nur der Selbstentfaltung des Einzelnen dienendes - Element der staatlichen Ordnung anerkannt und garantiert. Dieser besondere verfassungsrechtliche Schutz unterscheidet die Ehe von anderen Partnerschaften. Wer das nicht akzeptiert, muss sich um eine Änderung der Verfassung bemühen. Aus liberaler Sicht ist eine solche Abschwächung des verfassungsrechtlichen Instituts der Ehe gesellschaftspolitisch nicht wünschenswert. Eheleute übernehmen vollkommen freiwillig in hohem Maße rechtliche und auch finanzielle Verantwortung füreinander. Sie tun genau das, was ein freiheitlicher Staat von seinen Bürgern einfordern muss. Die Eheleute stehen in allen Bereichen des Lebens solidarisch füreinander ein, ohne die Gesellschaft in Anspruch zu nehmen. Die Ehe steht deshalb vollkommen zu Recht unter dem Schutz der staatlichen Ordnung.

Quelle: iDAF – Zitat der Woche 45-2009

Kein Patent auf embryonale Stammzellen

Der Bundesgerichtshof hat heute die Entscheidung über das umstrittene Stammzellenpatent des Bonner Forschers Oliver Brüstle verurteilt. Zunächst soll beim Europäischen Gerichtshof eine Vorabentscheidung über die Auslegung der europäischen Biopatentrichtlinie eingeholt werden. Die Bioethik-Experten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. med. Peter Liese und **Martin Kastler**, erklären dazu: "Es ist ein Sieg für den Lebensschutz in Deutschland, dass der Bundesgerichtshof der Argumentation des Antragsstellers Oliver Brüstle nicht gefolgt ist. Das Europäische Recht lässt keinerlei Zweifel daran, dass Patente, die auf der Zerstörung menschlicher Embryonen basieren, unzulässig sind."

Bereits im November letzten Jahres hat das Europäische Patentamt in einer Grundsatzentscheidung das Patent des "Erfinders" der menschlichen embryonalen Stammzellen, James Thomson, abgelehnt. In der Biopatentrichtlinie aus dem Jahr 1998 heißt es, dass Patente, die auf der Zerstörung von menschlichen Embryonen für kommerzielle Zwecke beruhen, nicht mit dem europäischen Patentrecht vereinbar sind. In einer Resolution aus dem Jahre 2005 hat das Europäische Parlament zudem gefordert, dass embryonale Stammzellen nicht patentiert werden dürfen, da sie nur durch die Zerstörung menschlicher Embryonen gewonnen werden können.

Liese und Kastler stellen klar: "Wir erwarten, dass der Europäische Gerichtshof diese eindeutige Beschlusslage in seiner Entscheidungsfindung maßgeblich berücksichtigt. Statt der embryonalen Stammzellforschung muss nun die Forschung mit adulten Stammzellen vorangetrieben werden. Diese ist nicht nur ethisch unbedenklich, sondern weist im Gegensatz zur embryonalen Stammzellforschung handfeste therapeutische Erfolge auf."

Quelle: PM Martin Kastler vom 12.11.09

Anmerkung der Redaktion: Herr Kastler ist Mitglied im KKV LV Bayern

Die Entchristlichung der Gesellschaft spiegelt sich auch im neuen Deutschen Bundestag

wider; er trat an diesem Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur idea nimmt die Zahl der Abgeordneten, die sich zu einer Kirche bekennen, weiter stetig ab. Von den neuen 622 Abgeordneten sind 195 evangelisch; das sind 14 weniger als in der abgelaufenen Wahlperiode. 176 bezeichnen sich als katholisch – drei weniger als in der letzten Wahlperiode. Insgesamt gehören damit fast sechzig Prozent der Abgeordneten einer Kirche an; 246 Parlamentarier machten allerdings keine Angaben. Die meisten Kirchenmitglieder finden sich in der Union; dort liegt ihr Anteil bei fast 94 Prozent. (faz/idea)

Quelle: Radio Vatikan 27.10.09

- [Verschiedene Angebote](#)
- **Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Thema **Mitgestalten und Mitentscheiden**
 Bürgerschaftliches Engagement – aber wo und wie?
 Termin 12.-14. Jan. 2010
 Ort Bildungszentrum Schloss Eichholz
 Kosten 110,00 Euro inkl. Übernachtung und Verpflegung.
 Weitere Informationen zu diesem Seminarangebot finden Sie unter der nachfolgend angeführten Internetadresse. www.kas.de/wf/de/17.38748/
 Weitere Infos: Barbara Rausch, Tel: 02236 7074257, E-Mail: barbara.rausch@kas.de.

• **Angebot des Studienkreis Kirche/Wirtschaft NRW**

Thema **Eine neue Kultur der Verantwortung**
 Finanzwirtschaft, Kirchen und Politik im Gespräch
 Referenten * Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln
 * Prof. Dr. Dr. Karl Gabriel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Institut für christliche Sozialwissenschaften
 Anschließend Podiumsdiskussion zum Thema "Ordnungspolitische Konsequenzen für die Landespolitik"
 Teilnehmer * Christa Thoben, Wirtschaftsministerin NRW
 * Manfred Breuer, Mitgl. des Vorstands der bankenvereinigung NRW
 * Horst-Werner Maier-Hunke, Arbeitgeberpräsident NRW
 * Dr. h.c. Alfred Buß, Präses der Ev. Landeskirche von Westfalen
 * Dr. Martin Dutzmann, Superintendent der Lippischen Landeskirche
 * Manfred Grothe, Weihbischof, Erzbisum Paderborn
 Termin Montag, 25. Jan.2010, 14:00 bis 19:00 Uhr
 Ort Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
 Anmeldung Bis 15.12.09 an Irene Grunwald, Arbeitgeber NRW, Tel. 0211 4573-243
 E-Mail: i.grunwald@arbeitgebernrw.de

Der KKV ist der Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung. Er zählt heute rund 8.000 Mitglieder in ca. 100 Ortsgemeinschaften, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen. Weitere Informationen zum KKV finden Sie unter www.kkv-bund.de.

Die KKV-Info-Post können Sie jederzeit unter der E-Mail-Adresse info@kkv-bund.de abbestellen.

Impressum: KKV-Bundesverband, Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, Bismarckstr. 61, 45128 Essen, Tel. 0201 87923-0, E-Mail: Info@kkv-bund.de.
 Verantwortlich: Bernd-M. Wehner, Knipprather Str. 77, 40789 Monheim am Rhein Telefon: 02173 58702,
 E-Mail: Wehner.Monheim@t-online.de